

NICARAGUA-NACHRICHTEN

EDITORIAL

*Es stimmt, dass in Nicaragua die Verletzung der politischen Grundfreiheiten sicherlich nicht das Ausmaß von Diktaturen in anderen Weltregionen oder im Nicaragua der Somoza-Zeit angenommen hat. Es stimmt aber auch, dass den Anfängen zu wehren ist, und in dieser Hinsicht ist der Aufschrei wegen der unübersehbaren repressiven, autoritären Tendenz im Land berechtigt. Das Land, für dessen Freiheit und Unabhängigkeit Viele von uns viele Jahre lang eingetreten sind und sich immer noch engagieren, darf nicht auf die Ebene einer **Bananenrepublik mit Familienherrschaft** abgleiten.*

*Am 9. November finden in Nicaragua die **Kommunalwahlen** statt, an denen nach der juristischen Ausschaltung von MRS und Konservativer Parte im Wesentlichen nur mehr FSLN, PLC und ALN teilnehmen. In den zwei Autonomen Regionen an der Atlantikküste wurde der Wahlgang um ein halbes Jahr verschoben (siehe Bericht). Präsident Ortega hat jegliche internationale Wahlbeobachtung ausgeschlossen.*

INHALT

WACHSENDE KRITIK AN DER REGIERUNGSPOLITIK	S.1
DAS ANDERE NICARAGUA: DIE ATLANTIKKÜSTE	S.3
GESTÖRTE MESSE DER DEMOKRATIE	S.6
WAHLSPLITTER AUS LEÓN, CHINANDEGA, GRANADA UND ESTELÍ	S.7
EL SALVADOR-KONGRESS	S.8

ORTEGAS AUTORITÄRER NIEDERGANG

Das Unbehagen über die undemokratische Entwicklung der Regierung Ortega/Murillo wächst im Land selbst und auf internationaler Ebene. Kritische NGOs, Journalisten und Frauenbewegungen stehen im Mittelpunkt der staatlichen Repression.

Die ersten Maßnahmen der Regierung von Daniel Ortega Anfang 2007 erfüllten Viele, auch ehemalige KritikerInnen des FSLN-Vorsitzenden, mit Hoffnung: Abschaffung der Schulgebühren, kostenlose Gesundheitsversorgung, Beitritt zur ALBA-Gemeinschaft, der von Venezuela gegründeten „Bolivarianischen Alternative der Amerikas“. Doch heute beklagen viele Menschen in Nicaragua, dass es ihnen materiell schlechter gehe als vor zwei Jahren. Die hohe Inflation hat die Lohnerhöhungen längst aufgefressen, die Intransparenz bei der venezolanischen Wirtschaftshilfe erfüllt die Menschen mit Verdacht. Und das Füllhorn der staatlichen Unterstützung ergießt sich vor allem nur über jene, die sich in die sandinistischen „Räte der Bürgermacht“ (CPC) integrieren.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde jedoch nicht nur deutlich, dass sich die soziale Lage eines Großteils der verarmten Bevölkerung nicht verbessert – es wurde auch immer klarer die undemokratische, auf den puren Machterhalt und –ausbau gegründete Orientierung der neuen Regierung sichtbar. Kern und Motor dieser autoritären Tendenzen sind der Präsident und seine Frau Rosario Murillo, die sich schon Anfang der 1980er Jahre, als Sekretärin der sandinistischen Künstlergewerkschaft, unter den Kulturschaffenden und Intellektuellen des Landes viele Feinde gemacht hatte. Die Auflösung der beiden Oppositionsparteien, der dissidenten sandinistischen MRS und der Konservativen Partei, im vergangenen Juni und die zunehmenden Angriffe auf Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Bewegungen, lösten dann auch im Ausland Be-

sorgnis und Kritik über den Kurs der nicaraguanschen Regierung aus.

Eine Demonstration mit Folgen

Wie wir schon in der letzten Ausgabe der „Nicaragua-Nachrichten“ berichteten, verstärkten sich in der letzten Zeit die Angriffe auf das vom Journalisten Carlos F. Chamorro und der Frauenaktivistin Sofia Montenegro, beide früher prominente FSLN-Intellektuelle, geleitete „Zentrum für Kommunikationsforschung“ (CINCO) und die Autonome Frauenbewegung MAM. Am 10. Oktober drang auf richterliche Anordnung die Polizei in die Büroräume dieser Organisation ein und beschlagnahmte Dokumente und Computer, einen Tag später wiederholte sich diese Aktion am Sitz von CINCO. Lauteten früher die Vorwürfe auf Geldwäsche, nämlich durch die Weiterleitung von Geldern der britischen Hilfsorganisation OXFAM über CINCO an MAM, so gab Staatsanwalt Armando Juarez am 13. Oktober bekannt, das Zentrum für Kommunikationsforschung habe beträchtliche Summen „mit klarer politischer Zielsetzung“ an die Autonome Frauenbewegung ausbezahlt, und zwar für die Herstellung von bei einer Demonstration getragenen T-Shirts mit dem Aufdruck „Demokratie ja, Diktatur nein!“. Auch habe CINCO eine Pressekonferenz der MRS-Partei finanziert. Der Staatsanwalt stellte auch Hausdurchsuchungsbefehle u.a. für den zivilgesellschaftlichen Dachverband Coordinadora Civil, für den Frauenverband auf kommunaler Ebene, für die schwedische Hilfsorganisation Syd Forum u.a. NGOs aus.

Die Coordinadora Civil, ein Dachverband von 600 Organisationen und Bewegungen, organisierte im vergangenen Juni eine Demonstration gegen die Regierung Ortega. Hier sind noch keine offiziellen Verdachtsmomente bekannt, die die Justiz gegen das Netzwerk erhebt. „Der Angriff der Regierung Ortega gegen zivilgesellschaftliche Organisationen ist Teil der Absicht der totalitären Macht, die politischen Freiräume der Gesellschaft endgültig zu schließen“, sagt Carlos F. Chamorro, ehemaliger Chefredakteur des FSLN-Organs „Barricada“. Er und Chamorro wurden schon mehrmals von der Staatsanwältin Ana Julia Guido, eine erklärte Ortega-Anhängerin, vorgeladen.

Die internationale Organisation für Pressefreiheit „Reporter ohne Grenzen“ wandte sich am 21. Oktober schriftlich an Präsident Daniel Ortega und äußerte ihre Besorgnis über „die ernsthafte Verschlechterung des Zustands der öffentlichen Freiheiten“ in Nicaragua.



Das Präsidentenpaar will kritische Stimmen zum Schweigen bringen. Foto: El Nuevo Diario

Sandinistische Stoßtruppen in Aktion

Einige MitarbeiterInnen der Menschenrechtsorganisation CENIDH begleiteten am 16. Oktober Cecilia Millán, Vertreterin der Hilfsorganisation OXFAM, in die Staatsanwaltschaft, wohin sie vorgeladen war. Da tauchten plötzlich vis-à-vis des Gebäudes Angehörige der sandinistischen „Räte der Bürgermacht“ (CPC) auf und begannen, auf die CENIDH-Leute loszuschlagen. Die 70-jährige Leiterin der Organisation, Vilma Núñez, lief davon, mehrere Mitarbeiter und ein Journalist des privaten TV-Kanals 12 wurden verprügelt. Die anwesenden Polizisten schritten nicht ein, weshalb drei von ihnen einige Tage später vom Dienst suspendiert wurden. Später wurde bekannt, dass man die Schläger kurz vorher in drei Bussen in Managua aufgesammelt und sie für ihre Tätigkeit mit 150 Cordobas „entlohnt“ hatte.

Bereits am 20. September hatten sandinistische Stoßtrupps in León einen Protestmarsch einiger Oppositionsgruppen überfallen und dabei fünf Menschen verletzt. Unter den Gruppen befand sich auch die „Bewegung für Nicaragua“, eine von der US-Rechten gegründete und gesponserte Vereinigung. „Reporter ohne Grenzen“ beklagt auch die Welle von Einschüchterungen gegen unabhängige Journalisten, wie z.B. wegen Verleumdung und Rufschädigung, wie Santiago Aburto vom Kanal 12, Jaime Arellano vom Kanal 2. Der populäre Journalist Edgar Tijerino hat bereits angekündigt, dass er seine politischen Kommentare einstellen wird.

Die Ortega's im Zentrum der Kritik

In der dritten Oktoberwoche begannen in Genf vor dem UN-Menschenrechtskomitee die Anhörungen über die Menschenrechtssituation in Nicaragua.

ragua. Die nicaraguanische Regierungsdelegation wurde über die Übergriffe gegen Angehörige von NGOs, Frauenbewegungen und Journalisten befragt, weiters über die rechtliche Position der CPC, über die Aufhebung der Rechtsperson der beiden Parteien, über die Parteilichkeit des Justizwesens u.a.m. Die Regierungsvertreter versprachen, dem Komitee entsprechende Informationen zu übermitteln. Die Frauenbewegung MAM und das CENIDH übergaben dem UN-Komitee ebenfalls Berichte über die Lage der Menschenrechte im Land.

Am 22. Oktober beklagte die EU in einem knappen Kommuniqué die Situation in Nicaragua. „Die Europäische Union fragt sich über die wirklichen Absichten hinter den Einschüchterungsmanövern gegen NGOs und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft“, heißt es darin. Die EU bekräftigt auch ihren Willen, die NGOs weiterhin und völlig als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit zu betrachten.

Zur selben Zeit warnten auch sechs Friedensnobelpreisträgerinnen – Betty Williams und Mairead Corrigan M. von Irland, Rigoberta Menchú aus Guatemala, Jody Williams aus den USA, Shrin Ebadi aus dem Iran und Wangari Maathai aus Kenia – vor der wachsenden Gewalt gegen Feministinnen in Nicaragua.

Nun auch gegen sandinistische Frauenorganisation

Im sandinistischen Jahrzehnt in den 80er-Jahren war die sandinistische Frauenorganisation AMNLAE eine mächtige und radikale Massenorganisation, die aber nach der Abwahl der FSLN von der Regierung zunehmend an Einfluss und Bedeutung verlor, da sie sich strikt an die Politik von Daniel Ortega & Co hielt. Sie schwieg sogar noch, als die FSLN mit Kardinal Obando y Bravo das Verbot des therapeutischen Schwangerschaftsabbruches auspackelte.

Nunmehr gründete die Partei eine Organisation unter dem Namen „Bewegung der sandinistischen Frauen“. Auf Grund des Drucks von Präsidentengattin Murillo trat AMNLAE-Chefin Dora Zeledón am 24. Oktober vom Vorsitz der Organisation zurück. Die First Lady hatte kurz zuvor eilig das Nationale Sekretariat der FSLN zusammengerufen, wo nach einigem Widerstand schließlich doch der Rücktritt der AMNLAE-Vorsitzenden beschlossen wurde. Die neue „Bewegung der sandinistischen Frauen“ wird in Zukunft die einzige Frauenorganisation sein, die mit den Organen der FSLN und der Regierung in Kontakt stehen wird.



CENIDH-Präsidentin Vilma Núñez erhebt vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission schwere Vorwürfe gegen die nicaraguanische Regierung.

Foto: La Prensa

Am 27. Oktober präsentierte CENIDH-Präsidentin Vilma Núñez am Sitz der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) in Washington im Rahmen der 133. Sitzungsperiode dieser Organisation eine Anklage gegen die Regierung wegen der „selektiven politischen Verfolgung durch die Verletzung der politischen Rechte, der Ausdrucks-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit“. Sie äußerte auch ihre Besorgnis hinsichtlich der Kommunalwahlen vom 9. November, vor allem wegen des Ausschlusses der zwei Oppositionsparteien und der fehlenden internationalen Beobachtung. Präsident Ortega hatte kürzlich das Ansuchen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Wahlbeobachter zu entsenden, abgelehnt.

DAS ANDERE NICARAGUA AM ATLANTIK

Anfang April verschob der Oberste Wahlrat in einem von der Verfassung nicht gedeckten Entscheid die Kommunalwahlen an der Atlantikküste um ein halbes Jahr. Hinter den angeblich „technischen“ Gründen stehen offenbar wirtschaftliche und politische Interessen des Bündnisses FSLN/Yátama.

ALEXANDER LAARMANN